

Expertenpapier Ökonomische Grundbildung

Expertise zur Feststellung des Forschungsbedarfs im Themenfeld

Ökonomische Grundbildung für Erwachsene

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Erstellt von

Prof. Dr. Michael-Burkhard Piorkowsky

unter Mitarbeit von

Elna-Cathérine Volkmann

Professur für Haushalts- und Konsumökonomik

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Bonn, Februar 2010

Inhaltsübersicht

	Seite
1 Auftrag der Expertise und Aufbau des Berichts	3
2 Was umfasst der Begriff ökonomische Grundbildung inhaltlich?	3
2.1 Worauf bezieht sich das Adjektiv „ökonomisch“?	3
2.2 Was gehört zur ökonomischen Grundbildung?	5
3 Welchen gesellschaftlichen Bedarf an ökonomischer Grundbildung gibt es?	8
3.1 Wandel und Gestaltungsprobleme der Alltagsökonomie	8
3.2 Normative Ansprüche an ökonomisch vernünftiges Handeln	10
4 Welche Konzepte und Beispiele für eine Zielgruppenansprache gibt es?	10
4.1 Gehobene ökonomische Grundbildung für bildungsinteressierte Erwachsene	10
4.2 Elementare ökonomische Grundbildung für bildungsbenachteiligte Erwachsene	12
5 Welche Aktivitäten zur Stärkung ökonomischer Grundbildung gibt es bereits?	14
5.1 Welche Aktivitäten gibt es bereits?	14
5.2 Wie lässt sich ökonomische Grundbildung nachschulisch vorantreiben?	19
6 Wo besteht im Bereich ökonomischer Grundbildung Forschungsbedarf?	21
6.1 Wo besteht vorrangiger Forschungsbedarf?	21
6.2 Was kann als gesichertes Wissen gelten?	21
7 Ergebnis	22

Vereinfachend wird in diesem Papier auf die durchgehende Nennung beider Geschlechter verzichtet, es sind jedoch stets beide gemeint.

1 Auftrag der Expertise und Aufbau des Berichts

Auftrag der Expertise gemäß Leistungsbeschreibung zum Vertrag vom 29.10.2009 ist die Feststellung des Forschungsbedarfs im Themenfeld ökonomische Grundbildung für Erwachsene. Die Expertise soll – so heißt es weiter – Antworten auf folgende Fragen liefern:

- Was umfasst der Begriff ökonomische Grundbildung inhaltlich?
- Welchen gesellschaftlichen Bedarf gibt es in Bezug auf ökonomische Grundbildung?
- Welche Konzepte und Beispiele für eine Zielgruppenansprache im Erwachsenenbereich gibt es?
- Welche Aktivitäten zur Stärkung der ökonomischen Grundbildung gibt es bisher und wo liegt hier Verbesserungsbedarf?
- Wo besteht unter Berücksichtigung der oben genannten Fragen im Bereich ökonomischer Grundbildung vorrangiger Forschungsbedarf? Was sind die zu bearbeitenden Fragen, was kann als gesichertes Wissen gelten?

Der Bericht greift diese Fragen auf und beantwortet sie in der aufgeführten Reihenfolge, beginnend mit der Frage, was der Begriff ökonomische Grundbildung inhaltlich umfasst.

2 Was umfasst der Begriff ökonomische Grundbildung inhaltlich?

2.1 Worauf bezieht sich das Adjektiv „ökonomisch“?

„Ökonomisch“ bedeutet ganz allgemein – und wird auch hier in Übereinstimmung mit der ökonomischen Theorie und Lehrbuchliteratur so verstanden –, dass sich die allermeisten Menschen früher oder später persönlich und konkret bemühen müssen, ihren Bedarf an Gütern für die individuelle Lebenserhaltung und Lebensgestaltung zufriedenstellend zu decken und dabei nach Möglichkeit vernünftig, d.h. vor allem bewusst, planend und rücksichtsvoll, handeln sollen. Begründet wird dies regelmäßig mit Hinweisen auf die generellen Erfahrungstatsachen (wirtschaftstheoretische Axiome): (1) eines Spannungsverhältnisses zwischen Bedürfnissen, d.h. Mangelempfindungen, und unmittelbar verfügbaren Gütern, (2) der Unsicherheit oder Ungewissheit über die Zukunft und (3) Konflikt- bzw. Konkurrenzbeziehungen zwischen Bedürfnissen und Mitteln der Bedürfnisbefriedigung. Damit eng verbunden in der ökonomischen Forschungs- und Lehrtradition unseres Kulturkreises ist die Vorstellung des generellen Strebens der Menschen nicht nur nach Sicherung, sondern nach Erhöhung des Wohlstands auf individueller bzw. gesellschaftlicher Ebene.

In der modernen Lehrbuchliteratur gilt entsprechend dem oben Gesagten das zielorientierte Entscheiden über Alternativen der Mittelverwendung unter vergleichender Abwägung der Kosten und Nutzen als Kern des ökonomischen Denkens und Handelns¹. Dem ist grundsätzlich zuzustimmen, hier aber in drei Punkten zu präzisieren:

Erstens ist noch grundlegender – als die Entscheidung über Alternativen der Mittelverwendung – über die Gestaltung des Lebensstils, d.h. über die Lebensziele, die ja Konkretisierungen von Bedürfnissen sind, und über die Art der Zielverfolgung zu entscheiden. Im Gegensatz zu orthodoxen ökonomischen Forschungs- und Lehrkonzeptionen wird hier davon ausgegangen, dass die Bedürfnisse nicht stabil, sondern in Grenzen gestaltbar sind. Man kann es auch so sehen, dass der Mensch sich nicht nur ökonomische Ziele setzt oder gelegentlich auch ziellos handelt, sondern zugleich selbst ein maßgebliches ökonomisches Mittel seiner Lebensgestaltung ist. Der Prozess der Zielsetzung ist bereits ein solches Mittel der ökonomischen Selbstgestaltung.²

Zweitens sind Kosten nicht nur als Geldkosten zu verstehen, sondern – allgemeiner – als negativ gewertete Handlungsfolgen, wie Ausgaben (z.B. für Marktgüter), Aktivitätszeit („Opportunitätskosten der Zeitverwendung“, z.B. ein entgangenes Geld- oder Naturaleinkommen) und psychische Effekte (z.B. ein schlechtes Gewissen nach dem Kauf eines überflüssigen Produkts). Nutzen sind alle positiv gewerteten Handlungsfolgen, wie Freude, Sättigungsgefühl, Zufriedenheit.³

Drittens sind Knappheitsempfindungen und Versorgungsüberlegungen zunächst und grundlegend individuelle mentale Aktivitäten in den primären Kontexten von Haushalt und Familie. Ökonomische Grundbildung muss folglich hier ansetzen. Allerdings ist dabei ein aufgeklärtes Haushaltsverständnis zugrunde zu legen, wie es in der modernen, empirisch orientierten Hauswirtschaftslehre – neben der Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre – entwickelt worden ist⁴.

Ein gleichermaßen theoretisch und empirisch fundiertes Verständnis des Haushalts – jenseits der Modelle der traditionellen Mikroökonomik und Marketinglehre – kann wie folgt skizziert werden:

¹ Grundlegend formuliert von Robbins, L.: An Essay on the Nature and Significance of Economic Science. London 1935, S. 16: "Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses."

² Vgl. dazu Bandura, A.: Self-efficacy. The exercise of control. New York 1998; Williams, F. L.; Ness, A. J.: Household activities of men and women and their effect upon perceived sense of control and satisfaction with level of living. In: Journal of Consumer Studies and Home Economics, Vol. 22, 1998, S. 169-190; Ajzen, I.: Perceived Behavioral Control, Self-Efficacy, Locus of Control, and the Theory of Planned Behavior. In: Journal of Applied Social Psychology, Vol. 32, 2002, S. 665-683.

³ Vgl. z.B. McKenzie, R. B.; Tullock, G.: Homo oeconomicus. Ökonomische Dimensionen des Alltags. Geleitwort von Hans Albert. Frankfurt/Main, New York 1984, S. 30-32.

⁴ Vgl. dazu z.B. Richarz, I. (Hg.): Der Haushalt. Neubewertung in der Postmoderne. Beiträge eines internationalen disziplinübergreifenden Symposions an der Universität Münster vom 12.-13. März 1997. Göttingen 1998; Höflacher, S. et al. (Hg.): Oikos 2010 – Haushalte und Familien im Modernisierungsprozess. Festschrift für Prof. Dr. Barbara Seel zum 65. Geburtstag. Göttingen 2007.

Private Haushalte sind die universellen grundlegenden Organisationsformen der Menschen für die unmittelbare Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung. In freiheitlichen Gesellschaften organisieren die Menschen von sich aus ihre Versorgung. Sie gründen früher oder später einen eigenen Haushalt, meistens auch eine eigene Familie; sie nutzen Human-, Sach-, Sozial- und Naturkapital und sie knüpfen Beziehungen zu Betrieben in ihrer Umwelt, um sich mit Geld und konkreten Gütern zu versorgen. Nicht selten gründen sie auch Unternehmen und Vereine oder beteiligen sich an deren Gründung. Für die unmittelbare Bedarfsdeckung und Bedürfnisbefriedigung werden letztlich in einem arteigenen Haushaltsproduktionsprozess konsumierbare Güter erstellt. Dafür werden Vorleistungen in Form von Sachen und Diensten von Unternehmen beschafft und weitere Dienstleistungen von privaten und öffentlichen Verbänden in Anspruch genommen, z.B. der Sportverein und die kommunale Infrastruktur, und die Natur als Quelle elementarer Lebensmittel, wie Luft und Wasser, sowie als Schadstoffsenke, z.B. für CO₂, genutzt. Damit gestalten die Menschen als Mitglieder privater Haushalte ihre individuelle Lebenslage und beeinflussen zugleich ihre Umwelt.⁵

2.2 Was gehört zur ökonomischen Grundbildung?

Zur ökonomischen Grundbildung gehört – entsprechend einem aufgeklärten Haushaltsverständnis – grundlegendes Orientierungs- und Instrumentalwissen für eine persönlich erfolgreiche und gesellschaftlich verantwortliche Lebensgestaltung. Dabei wird der eigene Haushalt als die primäre Versorgungsinstitution gesehen; und es werden fünf nicht völlig überschneidungsfreie Aufgabenbereiche unterschieden, die vor allem an individuellen Kompetenzen der Haushaltsführung und Lebensgestaltung und somit mehr an einer Systematik des Handelns in konkreten Situationen im Haushaltskontext als an ökonomischen Lehrsystemen orientiert sind⁶:

⁵ Vgl. dazu Galler, H. P.; Ott, N.: Empirische Haushaltsforschung. Erhebungskonzepte und Analyseansätze angesichts neuer Lebensformen. Frankfurt/Main, New York 1993, S. 18-22; Piorkowsky, M.-B.: Ökonomie des privaten Haushalts. In: May, H., May, U. (Hg.): Lexikon der ökonomischen Bildung. 7. Aufl., München 2008, S. 405-407.

⁶ Zur Bildungsbedeutung der haushaltsökonomischen Perspektive vgl. Brost, M.; Rohwetter, M.: Das große Unvermögen. Warum wir beim Reichwerden immer wieder scheitern. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. Weinheim 2003, S. 158-159; Piorkowsky, M.-B.: Ignorieren hilft nicht. Ökonomische Bildung fängt zu Hause an. In: Die Zeit, vom 30.1.2003, S. 25; Seiffge-Krenke, I.; Gelhaar, T.: Entwicklungsregulation im jungen Erwachsenenalter. Zwischen Partnerschaft, Berufseinstieg und Gründung eines eigenen Haushalts. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 38. Jg., 2006, H. 1, S. 18-31; Angele, C.: Kompetenzen zur Alltagsbewältigung im privaten Haushalt. Ein Desiderat lebensnaher Allgemeinbildung. Münster 2008; Piorkowsky, M.-B.; et al.: Verbraucherkompetenz für einen persönlich erfolgreichen und gesellschaftlich verantwortlichen Konsum. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV. Berlin 2008. Diese Sichtweise entspricht neuen Konzepten der Mikro- und Makroökonomik, der Theorie der Verbraucherpolitik und der Wirtschaftsdidaktik bzw. Wirtschaftspädagogik. Vgl. dazu Becker, G. S.: A Theory of the Allocation of Time. In: Ders.: The Economic Approach to Human Behavior. Chicago 1976, S. 89-114; Reisch, L. A.: Neue Verbraucherpolitik. Ziele, Strategien und Instrumente. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 34. Jg., 2005, H. 8, S. 441-445, hier S. 442; Furubotn, E. G.; Richter, R.: Institutions and Economic Theorie. The Contribution of the New Institutional Economics. Ann Arbor 1997, S. 2-8; Tenfelde, W.: Ökonomische Bildung. In: May, H., May, U. (Hg.): Lexikon der ökonomischen Bildung. 7. Aufl., München 2008, S. 407-410.

1. Haushaltsgründung und Haushaltsführung im engen Sinn (Haushaltsmanagement),
2. Beschaffung und Verwendung von Geld und Geldersatzgütern (Finanzwirtschaft),
3. Produktion von Vorleistungen für den Konsum (Hauswirtschaft),
4. Konsum und Freizeitgestaltung (Konsum & Freizeit),
5. Mitwirkung an der Bereitstellung öffentlicher Güter als „Consumer-Citizen“ (Wirtschaftsbürger).

Ökonomische Grundbildung und weitergehende ökonomische Bildung lassen sich zum einen nach der Breite (Felder ökonomischen Denkens und Handelns) und zum anderen nach der fachlichen Tiefe (Niveau, d.h. Systematik und Theorieladung) differenzieren (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Ökonomische Bildung nach Handlungsfeldern und Bildungsniveau

Felder	(1) Haushalts- management	(2) Finanz- wirtschaft	(3) Hauswirt- schaft	(4) Freizeit & Konsum	(5) Wirtschafts- bürger	(6 ff.) Weitere Felder
Niveau						
Berufsbildung	Theoriegeladenes aufgabenbezogenes Instrumentalwissen Theoriegeladenes Orientierungswissen					
Allgemeinbildung	Systematisches aufgabenbezogenes Instrumentalwissen Systematisches explizites Orientierungswissen					
Grundbildung	Grundlegendes aufgabenbezogenes Instrumentalwissen (GIW) Grundlegendes implizites Orientierungswissen (GOW)					

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Tenfelde, 2008, S. 408-410

Grundlegendes ökonomisches Instrumentalwissen bezieht sich auf die Gestaltung der fünf genannten Aufgabenbereiche, und grundlegendes Orientierungswissen bezieht sich auf die Gestaltung der ökonomischen Funktionen und Strukturen des Haushalts in der Verzahnung mit den ökonomischen Umsystemen und deren Einbettung in die gesellschaftliche und ökologische Lebenswelt. Auch eine ökonomische Grundbildung muss Orientierungswissen vermitteln. Aber: Mit „implizit“ ist hier gemeint und wird empfohlen, dass es nicht explizit (abstrakt, „abgehoben“), sondern konkretisiert vermittelt wird, und zwar exemplarisch in enger Verknüpfung mit dem grundlegenden Instrumentalwissen. Dies schließt eine Vermittlung von elementarer ökonomischer Sprache ein (z.B. Arbeit, Erwerbsarbeit, Einnahmen, Ausgaben, Kosten, Wirtschaft), ohne dass die Begriffe explizit durch Definitionen eingeführt werden.

Die ökonomische Allgemeinbildung und die ökonomische Berufsbildung sind tendenziell systematisch orientiert bzw. sogar – nach Bildungsinstitutionen zunehmend – theoriegeladen ausgerichtet (Berufs-

schule, Berufsakademie, Hochschule); und die ökonomische Berufsbildung ist insgesamt noch weniger auf den Haushaltsbereich bezogen als es die ökonomische Allgemeinbildung ist bzw. sein sollte. Aber auch für haushaltsbezogene Dienstleistungen des Bereichs Hauswirtschaft und darüber hinaus gibt es grundständige und akademische Berufsausbildungen.

Mit Blick auf die genannten Aufgabenbereiche oder Handlungsfelder lassen sich die folgenden Gegenstände zur ökonomischen Grundbildung rechnen, die in der Übersicht 1 nur in der Grundstruktur zusammengestellt sind. Die Aufzählung wird im folgenden Kapitel begründet.

Übersicht 1: Gegenstände ökonomischer Grundbildung⁷

- Private Haushalte als Basisinstitutionen von Individuen, Familien, Wirtschaft und Gesellschaft (GOW);
- Wirtschaften als Alltagshandeln und als Aspekt in vielen Lebensbereichen, Wirtschaftssystem als spezialisiertes Teilsystem der Gesellschaft, Märkte und andere Institutionen, Wirtschaft als „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ (GOW);
- Haushaltsgründung, Familiengründung, Lebensstil (GIW);
- Haushaltsführung, Abstimmungsverfahren, Aufgabenverteilung, Zeitmanagement (GIW);
- Geldbeschaffung durch Erwerbstätigkeit in abhängiger oder selbstständiger Beschäftigung, Realisierung von Transferansprüchen (GIW);
- Planung und Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, Sparen, Versicherungen (GIW);
- Finanzierungsalternativen für Anschaffungen (GIW);
- Einkauf, Nutzung alternativer Versorgungssysteme, z.B. Tauschring (GIW);
- Räumliches Mobilitätsverhalten, Verkehrsmittelwahl (GIW);
- Hauswirtschaftliche Arbeitsorganisation und Verfahrenstechniken (GIW);
- Wohnungsgestaltung, Wohnungsinfrastruktur, z.B. Energieversorgung, Telekommunikation;
- Freizeitgestaltung (GIW);
- Mitwirkung in Vereinen, Aktivierung in nachbarschaftlichen Netzwerken (GIW);
- Umgang mit Behörden, Inanspruchnahme von Beratungseinrichtungen (GIW).

⁷ Vgl. dazu für wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen Cairncross, A. K.: Economic Schizophrenia. In: Scottish Journal of Political Economy, February 1958, S. 15-21; Becker, G. S.: A Theory of the Allocation of Time. In: The Economic Journal, Vol. 75, September 1965, S. 493-517; Boulding, K. E.: Economics as a Science. New York et al. 1970; Becker, G. S.: A Treatise on the Family. Cambridge, Mass., London 1981; Zapf, W.: Welfare production: Public versus private. In: Social Indicators Research, Vol. 14, 1984, S. 263-274. Ekins, P.; Max-Neef, M. (Hg.): Real-Life economics. Understanding wealth creation. London, New York 1992; Sen, A. K.: Commodities and capabilities. Amsterdam, New York, Oxford 1995; Piorkowsky, M.-B.: Ökonomie des privaten Haushalts. In: May, H., May, U. (Hg.): Lexikon der ökonomischen Bildung. 1. Aufl., München 1996, S. 351-353.

3 Welchen gesellschaftlichen Bedarf an ökonomischer Grundbildung gibt es?

3.1 Wandel und Gestaltungsprobleme der Alltagsökonomie

Der Bedarf an ökonomischer Grundbildung ergibt sich aus den schnellen Veränderungen der privaten und öffentlichen Versorgungssysteme, der damit einhergehenden Zunahmen an Komplexität und Unübersichtlichkeit der Angebote, dem Wandel der Ansprüche der Menschen an die Gestaltung ihrer Versorgungsprozesse einschließlich neuer Einsichten über die Wechselwirkungen von Wirtschaft, Gesellschaft und Natur und den daraus abgeleiteten Anforderungen an die Berücksichtigung neuer Werte in der Alltags- und Lebensökonomie einerseits und einem System der Allgemeinbildung, insbesondere der schulischen Bildung, das auf die ökonomischen Herausforderungen noch nicht ausreichend reagieren konnte, andererseits.

Als Beleg für die Lücke im Bildungssystem sei lediglich darauf hingewiesen, dass „Wirtschaft“ als Fach oder in einem Fächerverbund unter Bezeichnungen, wie Arbeitslehre/Wirtschaft, Politik/Wirtschaft oder Sozialkunde, in den allgemein bildenden Schulen in den meisten Bundesländern nur eine randständige Rolle spielt und teilweise gar nicht angeboten wird⁸.

Zur Konkretisierung des oben angesprochenen Begründungskomplexes sind in der Übersicht 2 und in der Übersicht 3 Erkenntnisse stichwortartig zusammengestellt, die einen gesellschaftlichen Bedarf an ökonomischer Grundbildung anzeigen.

Übersicht 2: Indikatoren für den Wandel und die Gestaltungsprobleme der Alltagsökonomie⁹

- Die Ausweitung und Ausdifferenzierung der Marktangebote, insbesondere bei Waren, z.B. Nahrungsmittel sowie Haushalts- und Haustechnik, und Dienstleistungen, z.B. Finanzdienstleistungen, Personenverkehr und Telekommunikation, stellt zunehmend höhere Anforderungen an die Wahlentscheidungen.
- Die Deregulierung, Internationalisierung und Virtualisierung der Märkte erhöht die Komplexität zusätzlich.
- Es gibt eine Tendenz zur „Entgrenzung“ der traditionellen Verbraucherrolle, z.B. bei Internet-Auktionen durch „Verkäufe von Privat an Privat“ und damit einen mehr oder weniger bewussten

⁸ Weber, B.: Ökonomische Bildung an Schulen und Hochschulen: Steigende curriculare Bedeutung an Schulen bei schwerwiegenden Mängeln der Lehrerbildung. Bielefeld im Dezember 2007. Im Internet: www.degob.de. Situationsanalyse (30.1.2010).

⁹ Vgl. dazu ausführlich Piorkowsky, M.-B.; et al.: Verbraucherkompetenz für einen persönlich erfolgreichen und gesellschaftlich verantwortlichen Konsum. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV. Berlin 2008, S. 8-15, und die dort herangezogenen Belege und Quellen.

Übergang in selbstständige Erwerbstätigkeit mit rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen, z.B. Abmahnung bei Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht.

- Die Privatisierung öffentlicher Angebote stellt neue Anforderungen an die private Vorsorge und Versorgung, z.B. bei der Gesundheits- und Altersvorsorge.
- Mit der Ausweitung der Angebote nehmen tendenziell auch kriminelle bzw. grenzwertige Aktivitäten im Marktangebot zu, z.B. „Abzocke“ im Internet, Kreditkartenmissbrauch, Verkauf unnötiger Zusatzleistungen, z.B. Restschuldversicherung.
- Die Individualisierung der Lebensentwürfe und die Pluralisierung der Lebensformen und sozialen Beziehungen gehen einher mit einer Optionalisierung und „Brüchigkeit“ der Haushalts- und Familienform, bis hin zu einer Häufung der Trennungen, Scheidungen und Ein-Eltern-Familien und damit der von Armutsrisiken betroffenen Bevölkerung.
- Die Zahl der von Armutsrisiken betroffenen und der überschuldeten Haushalte steigt nach qualifizierten Schätzungen seit Jahren an und könnte derzeit bei 8 bis 10% überschuldeten bzw. 12 bis 15% von Armutsrisiken betroffenen Haushalten liegen.
- Als Gründe für Überschuldung und Einkommensarmut werden häufig zumindest als Kofaktoren fehlende Kompetenzen im Marktverhalten, insbesondere im Umgang mit Konsumwünschen sowie Geld und Kredit, oft auch im Zusammenhang mit einer Haushaltsgründung, genannt.
- In zahlreichen Erhebungen zum finanziellen und ökonomischen Wissen werden seit Jahren Belege für einen finanziellen bzw. ökonomischen „Analphabetismus“ präsentiert; und eine Erhebung zum hauswirtschaftlichen Wissen der Bevölkerung im Freistaat Sachsen weist erhebliche Defizite nach¹⁰.
- Empirische Untersuchungen zum Konsumentenverhalten weisen seit Jahrzehnten auf die beschränkten Fähigkeiten zu ökonomisch rationalem Verhalten im Sinne der normativen Entscheidungstheorie hin, weil Emotionen zum Verhalten gehören und Informationen generell – subjektiv ausgerichtet – gesucht, gefiltert, gerahmt und bewertet werden¹¹.

¹⁰ Auch wenn die Rede vom „finanziellen / ökonomischen Analphabetismus“ gewagt ist und sich gegen alle Erhebungen Einwände formulieren lassen, ist die Tendenz der Ergebnisse doch recht eindeutig. Vgl. die Zusammenstellung von Ergebnissen bei Piorkowsky, M.-B.: Finanzielle Bildung für die Alltags- und Lebensgestaltung. In: Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) (Hg.): Schuldenreport 2009. Fakten, Analysen, Perspektiven. Berlin 2009, S. 122-165, hier S. 138-145. In einer eigenen nicht repräsentativen Erhebung haben rund 10 % der Befragten mitgeteilt, dass es bei ihnen in der Haushaltsorganisation keinen „roten Faden“ gebe.

¹¹ Aber ökonomische Bildung fördert tendenziell eine ökonomisch rationale Orientierung in der Entscheidungsfindung. Vgl. dazu Thaler, R. H.: Mental Accounting Matters. In: Kahneman, D.; Tversky, A. (Hg.): Choices, Values, and Frames. Cambridge 2000, Reprint 2003, S. 241-268, hier S. 252; Enste, D. H.; Haferkamp, A.; Fetchenhauer, D.: Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien. Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10. Jg., 2009, H. 1, S. 60-78.

3.2 Normative Ansprüche an ökonomisch vernünftiges Handeln

Die angesprochenen Wandlungstendenzen haben auf normativer Ebene einen Niederschlag gefunden bzw. wirken ergänzend und verstärkend auf die Realebene zurück. Zu diesen normativen Ansprüchen gehören insbesondere die in der Übersicht 3 aufgeführten Forderungen bzw. Erwartungen:

Übersicht 3: Indikatoren für normative Ansprüche an ökonomisch vernünftiges Handeln¹²

- Seit Jahren gibt es von verschiedenen Seiten, insbesondere aus den Bereichen: Bildung, Politik, Wissenschaft und Verbände, Forderungen nach gesundheitsbewusstem, nachhaltigem und politisch korrektem „Konsum“.
- Gesundheitspolitiker fordern mündige Patientinnen und Patienten, die nicht nur vorsorgend etwas für ihre Gesundheit tun, sondern im Krankheitsfall den Behandlungsprozess mit steuern und kontrollieren, was vom Arzt berechnet wurde.
- Weitergehend werden zusätzlich zu Beiträgen zu den staatlichen bzw. parafiskalischen Versorgungssystemen private finanzielle Beiträge zur Gesundheits- und Altersvorsorge angemahnt.
- Die Verbraucherpolitik der Europäischen Union ist zunehmend am Leitbild des „selbstverantwortlichen Verbrauchers“ orientiert, der eigenverantwortlich und gut informiert ist; dies findet sich insbesondere im Vertragsrecht und in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs;
- auf nationaler Ebene vertritt der Verbraucherzentrale Bundesverband das Leitbild vom „mündigen Verbraucher“ bzw. vom „selbstbestimmten Verbraucher“, dem die Voraussetzungen zur Freiheitsentfaltung gegeben werden müssen, z.B. durch finanzielle Bildung¹³;
- am Arbeitsmarkt wird mehr Flexibilität gefordert und unternehmerisches Handeln auch in abhängiger Beschäftigung erwartet, möglichst sogar die Gründung eines eigenen Unternehmens, ggf. aus der Erwerbsarbeitslosigkeit.

4 Welche Konzepte und Beispiele für eine Zielgruppenansprache gibt es?

4.1 Gehobene ökonomische Grundbildung für bildungsinteressierte Erwachsene

Eine haushaltsbezogene ökonomische Grundbildung für bildungsinteressierte Erwachsene hat in Deutschland eine lange Tradition, die im Nachkriegsdeutschland ab Anfang der 50er Jahre zunächst

¹² Vgl. dazu Angele, C.: Kompetenzen zur Alltagsbewältigung im privaten Haushalt. Ein Desiderat lebensnaher Allgemeinbildung. Münster 2008; Piorkowsky, M.-B. et al.: Verbraucherkompetenz für einen persönlich erfolgreichen und gesellschaftlich verantwortlichen Konsum. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV. Berlin 2008.

¹³ Persönliche Mitteilung von Christina Beck, VZBV.

vor allem von den Frauen- und Hauswirtschaftsverbänden, später von Verbraucherverbänden und haushaltsnahen Sach- und Dienstleistungsunternehmen, aber auch von bzw. an Volkshochschulen und Familienbildungsstätten fortgesetzt wurde und zum Teil noch heute fortgeführt wird. Zu den Frauen- und Hauswirtschaftsverbänden gehören insbesondere der Deutsche Hausfrauen-Bund (DHB), der Deutsche Landfrauenverband (DLV) und die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (DGH). Von den Verbraucherverbänden sind vor allem die Verbraucherzentralen (VZ[en]), die Stiftung Verbraucherinstitut (VI) und der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) zu nennen. Im Unternehmenssektor besonders aktiv waren bzw. sind einzelne Energieerzeuger, Sparkassen sowie Küchengeräte- und Waschmittelhersteller. Die Bildungsangebote wurden bzw. werden teils einzelbetrieblich, teils abgestimmt über Dachverbände geplant und durchgeführt, z.B. über die Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft (AgH), die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher bzw. der Verbraucherverbände (AgV) und den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).¹⁴

Inhaltlich waren die Bildungsangebote zunächst unter dem Motto „rationelles Haushalten“ hauptsächlich auf hauswirtschaftlich-verfahrenstechnische und produktbezogene Fragen einschließlich Haushaltsfinanzen ausgerichtet. Nach und nach verlor die traditionelle, ganzheitlich orientierte hauswirtschaftliche Bildung an Bedeutung und die Angebote wurden – fast spiegelbildlich zum „gesellschaftlichen Wertewandel“ – stärker auf die Themenbereiche: anspruchsvolle Nahrungszubereitung (gesunde Ernährung, exotische Gerichte), umweltverantwortliches Haushalten (sparsamer Energieeinsatz und Mülltrennung) sowie produktives Finanzmanagement (Umgang mit Geld und Finanzdienstleistungen) fokussiert¹⁵. Ernährungsfragen wurden zum Hauptthema der hauswirtschaftlichen Bildung¹⁶. Die thematische Spezialisierung und Neuausrichtung kommt beispielhaft darin zum Ausdruck, dass die 1958 unter der gemeinsamen Trägerschaft der AgH und des DSGV gegründete „Zentralstelle für rationelles Haushalten“ 1992 in „Geld und Haushalt“ umbenannt wurde¹⁷.

Ökonomische Grundbildung für Erwachsene wurde zunehmend auf Finanzbildung reduziert und bezieht sich heute auf ein breites Themenspektrum, angefangen bei den Grundlagen des Geldverkehrs (Girokonto) bis zu Informationen über den produktiven Umgang mit Geld und Finanzdienstleistungen für Alterssicherung, Baufinanzierung und mehr, gelegentlich sogar einschließlich des Erwerbs von spekulativen Finanzanlagen. Neben Banken und Sparkassen bieten insbesondere die Verbraucherzentralen entsprechende Informationen in Broschüren und Büchern, im Internet und in

¹⁴ Vgl. dazu Bartholomae, H.; Nokielski, H.: Verbände im Schatten der Erwerbsgesellschaft. Hauswirtschaftliche Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/Main, New York 1995.

¹⁵ Ebenda, S. 70-71.

¹⁶ Vgl. dazu Borsbach, I.: Erwachsenenbildung in der hauswirtschaftlichen Bildung. In: Lippert, E. (Hg.): Hauswirtschaftlich-familiale Bildung. Bildungspolitik im Widerstreit zwischen Sache und Mensch. Esslingen 1970, S. 142-151, hier S. 145-146.

¹⁷ Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft e.V. (AgH) / Siglinde Porsch (Hg.): Arbeitsgemeinschaft Hauswirtschaft e.V. (AgH). O.O., [Bonn] 1998, S. 4.

Kursen an. Diese Angebote, wie auch die noch vorhandenen hauswirtschaftlichen Bildungsangebote, sind aber insgesamt auf durchschnittlich bis gut gebildete Personen, die den „gesellschaftlichen Wertewandel“ in Alltagshandeln umsetzen, ausgerichtet und deshalb als „mittelstandsorientiert“ zu kennzeichnen. Bildungsferne Personen können damit eher nicht erreicht werden¹⁸.

4.2 Elementare ökonomische Grundbildung für bildungsbenachteiligte Erwachsene

Unter dem Stichwort „Armutsprävention“ ist ab Frühjahr 2000 ein System von Maßnahmen entwickelt worden, das auf eine ökonomische Grundbildung für benachteiligte Erwachsene und flankierende Maßnahmen, z.B. die Qualifizierung in der Erwachsenenbildung, zielt. Die politische Grundlage dafür waren Beschlüsse des Deutschen Bundestages in der 14. Legislaturperiode, künftig einen nationalen Armuts- und Reichtumsbericht zur Mitte einer jeden Legislaturperiode vorzulegen und parallel dazu ein „Maßnahmenkonzept zur Armutsprophylaxe“, kurz Armutspräventionsprogramm, zu etablieren.

Das Armutspräventionsprogramm lag im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Ziel war die Aktivierung von gesellschaftlichen Kräften für Maßnahmen der Vermeidung und Überwindung von Armut. Es wurden insbesondere Träger der öffentlichen und privaten Fürsorge, darunter Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege und der Hauswirtschaft, angeregt, entsprechende Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Angestrebt war, einen Präventionsprozess einzuleiten, der sich verselbstständigen sollte. Inhaltlich zielten die Maßnahmen zur Armutsprävention – in Kenntnis des Mangels nicht nur an Geld, sondern häufig auch an Kompetenzen im Umgang mit Geld und zur Gestaltung der Alltagsökonomie – auf die Stärkung dieser Kompetenzen, insbesondere für die Haushaltsführung bei Personen in prekären Lebenslagen und für den Umgang mit Geld und Konsum bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.¹⁹

Insgesamt konnten unter den organisatorischen Dächern von 16 Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene sowie in Kooperation von Kommunen, Verbänden und Unternehmen an mehr

¹⁸ Vgl. z.B. die Kritik von Mantseris, N.: Finanzielle Bildung als Schuldenprävention. Zu einem Konzept „Finanzkompetenz“. In: NDV – Nachrichtendienst des Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 88. Jg., 2008, H. 5, S. 220-224.

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bericht. Berlin, April 2001, S. 228.

als 50 Standorten knapp 100 Kurse, Kursreihen und Familienhilfeeinsätze durchgeführt werden. Diese Bildungs- und Praxisprojekte lassen sich zu drei Hauptgruppen zusammenfassen:²⁰

- offene Kursangebote zur Haushaltsführung und zur hauswirtschaftlichen Berufsvorbereitung;
- integrierte Haushaltsführungskurse, die in Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und des betreuten Wohnens in Mutter-Kind-Heimen eingebettet waren;
- zugehende Unterstützung in der Haushaltsführung im Rahmen von Familienpflegeeinsätzen der karitativen Familienhilfe.

Die Kursangebote sowie die Hilfestellungen im Rahmen der zugehenden Unterstützung waren an einem Grundprogramm mit folgenden Themen orientiert:²¹

- Finanzmanagement und Budgetverwaltung,
- Kommunikation und Entscheidungsfindung in der Familie,
- Zeitmanagement und Arbeitsorganisation,
- Ernährung, Nahrungszubereitung und Gesundheit,
- Einkauf und Verbraucherrecht,
- Sozialkompetenzen und Umgang mit Behörden,
- Hauswirtschaft als Beruf.

In den Kursen wurde eine Mischung von systematischer Wissensvermittlung und praktischem Tun angestrebt. Im Rahmen der Familienpflegeeinsätze wurden die Kompetenzen nach dem Prinzip „learning by doing“ vermittelt. Einige der Kursteilnehmerinnen erlebten erstmals seit vielen Jahren wieder einen Lernerfolg, d.h. sie konnten das Vermittelte verstehen und anwenden. Es zeigte sich vielfach, dass nicht nur die Kompetenzen in der Haushaltsführung, sondern generell die Bildungs-, Sozial- und Erwerbskompetenzen gestärkt werden konnten. Folglich konnte eine „positive Humankapitalspirale“ in Gang gesetzt werden, die den Geförderten insgesamt neue Lebensperspektiven eröffnete.²²

Parallel zur Entwicklung und Durchführung der hauswirtschaftlichen Praxis- und Bildungsprojekte wurden Maßnahmen zur Qualifizierung und Qualitätssicherung in der Bildungsarbeit konzipiert. Aufgabe dieser Projekte war die Entwicklung, Erprobung und Umsetzung von Konzepten und

²⁰ Vgl. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.): Konzertierte Aktion zur Armutsprävention. Das erste Armutspräventionsprogramm der Bundesregierung. Evaluation von hauswirtschaftlichen Praxis- und Bildungsprojekten. Konzepte und Modelle zur Armutsprävention. Materialien. Bd. 5. Aachen, Bonn 2004, S. 8-18.

²¹ Vgl. ebenda, z.B. S. 23, S. 29.

²² Vgl. ebenda, S.25-26, S. 32-34; vgl. dazu Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (Hg.): Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bericht. Berlin, April 2005, S. 10, Fn. 20: „Armutsprävention kann wirksam durch eine Schulung dieser Kompetenzen geleistet werden; Interventionsbedarf ist insbesondere dort gegeben, wo geringe Ressourcen mit deren suboptimaler Ausnutzung kombiniert sind.“

Materialien für die haushalts- und familienbezogene Bildung, und zwar zum einen für die schulische Wirtschaftssozialisation und Geldkunde²³ und zum anderen für die sozioökonomische Erwachsenenbildung. Für die Erwachsenenbildung wurden u.a. ein Kursbuch zur Armutsprävention mit Konzepten, Modellen und Materialien sowie ein Kursmaterial für die Schulung von Multiplikatoren in der sozioökonomischen Grundbildung unter dem Namen „Neue Hauswirtschaft“ mit Themenmodulen zum gesellschaftlichen Wandel, zum Haushalts- und Geldmanagement, zu Erwerbstätigkeit und Netzwerkaktivitäten sowie zum Umgang mit neuen Medien entwickelt.²⁴

5 Welche Aktivitäten zur Stärkung ökonomischer Grundbildung gibt es bereits?

5.1 Welche Aktivitäten gibt es bereits?

Es gibt eine große, aber unbekannte Zahl von Angeboten zur ökonomischen Grundbildung für Erwachsene, die nach Thematik, Vermittlungsform, Anspruchsniveau und Zielgruppenansprache unterschiedlich gestaltet sind; sie decken die Handlungsfelder gemäß Tabelle 1 mehr oder weniger ab und können innerhalb eines Spektrums zwischen den im Abschnitt 4 skizzierten zwei Grundkonzepten gedacht werden. Hinsichtlich des Bildungsniveaus sind in diesem Spektrum die Grenzen zur ökonomischen Allgemeinbildung fließend. Überwiegend handelt es sich um Angebote von Veranstaltern vor Ort, zum kleinen Teil auch um bundesweite Angebote im Internet. Ein vollständiger Überblick ist gegenwärtig wohl nirgendwo vorhanden und auch nicht in kurzer Frist zu gewinnen. Dies wäre eine Aufgabe für weitgehende Untersuchungen. Insbesondere die „kleinen“ Anbieter örtlicher Maßnahmen sind nur schwer zu identifizieren; und auch die Aktualität des Angebots ist nicht immer problemlos festzustellen. Zu den Hauptgruppen von Anbietern gehören Frauen- und Hauswirtschaftsverbände, Sparkassenorganisationen, Verbraucherzentralen, Volkshochschulen und Wohlfahrtsverbände sowie Dachverbände der genannten Organisationen.

Im Folgenden wird ein Überblick über Bildungsaktivitäten nach Anbietern und Programmen sowie Themen gegeben. Angebote für die individuelle Beratung und Intervention einschließlich „zugehender“ Hilfestellung, wie bei dem Haushalts-Organisations-Training des Deutschen Caritasverbandes²⁵,

²³ Vgl. insbesondere Reifner, U.: Finanzielle Allgemeinbildung. Bildung als Mittel der Armutsprävention. Baden-Baden 2003.

²⁴ Vgl. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft (Hg.): Kursbuch zur Armutsprävention und Milderung defizitärer Lebenslagen. Konzepte und Modelle zur Armutsprävention. Aachen, Bonn 2002; Verbraucherzentrale Bundesverband (Hg.): Neue Hauswirtschaft. Ein Material für Multiplikator/innen der familien- und haushaltsbezogenen Bildung. Berlin 2005. Im Internet: <http://www.verbraucherbildung.de/projekt01/d/www.verbraucherbildung.de/interaktiv/online-kurse/index.html>.

²⁵ Vgl. Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft in Kooperation mit dem Deutschen Caritasverband (Hg.): HOT – Das Haushalts-Organisations-Training der Familienpflege. Konzepte und Modelle zur Armutsprävention. Materialien. Bd. 6. Aachen, Freiburg 2004.

sowie Angebote für Multiplikatoren, z.B. das bereits erwähnte Programm „Neue Hauswirtschaft“ werden hier nicht berücksichtigt.

(1) Der Beratungsdienst „Geld und Haushalt – Beratungsdienst der Sparkassen-Finanzgruppe“ im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) bietet im Bereich Bildung verschiedene Ratgeber-Broschüren und einen bundesweiten Vortragsservice an²⁶. Die Vorträge können von vermittelnden Institutionen für ihre Zielgruppe angefordert werden, z.B. von Trägern der Erwachsenenbildung und den Sparkassen vor Ort. Für die Teilnehmenden ist das Angebot kostenfrei. Folgende Vorträge werden angeboten:

- Gut auskommen mit dem Einkommen – Finanzplanung im Haushalt
- Wo das Geld bleibt – Haushaltsbuchführung leicht gemacht
- Finanzen im Klick – Einführung in den Web-Budgetplaner
- Mit Kopf oder Bauch – Finanzentscheidungen treffen
- Gut bei Kasse – Finanzplanung für junge Menschen
- Das erste eigene Geld – Familiengespräch Finanzen
- Kompetent in eigener Sache – Finanzstrategien für Frauen
- Gut leben im Alter – Finanzplanung für Senioren
- Der Kunde als König – Verbraucher und ihr Recht
- Ökologisch haushalten – ein Gewinn für Umwelt und Budget
- Zwischen Risiko und Rendite – Aspekte der Geldanlage
- Auf Nummer sicher – Vollmachten und Verfügungen
- Planvoll in die Zukunft – vorsorgen und versichern
- Erben und vererben – den Nachlass richtig regeln
- Wenn es mal eng wird – mit Recht Finanzen gestalten
- Der kleine Anfang – in Teilzeit selbstständig

Die Broschüren von „Geld und Haushalt“ können persönlich angefordert werden und sind ebenfalls kostenfrei erhältlich; sie werden als Begleitmaterial zu den genannten Vorträgen und zur Selbstinformation genutzt. Es handelt sich vor allem um Haushaltsbücher sowie um die Broschüren des „Ratberservice Finanzen“ zu den Themen Girokonto, Geldanlage, Versichern und Finanzieren und des „Ratberservice Budget“ mit einer zielgruppenspezifischen Aufbereitung der Themen („Budgetkompass“) für Jugendliche, für junge Haushalte, für Familien und für Menschen ab 55 Jahren.

²⁶ <http://www.geld-und-haushalt-de> (4.2.2010). „Geld und Haushalt“ hat mitgeteilt, dass in 2009 ca. 1.000 Vorträge mit rund 40.000 bis 50.000 Teilnehmenden stattgefunden haben und rund 1 Mio. Broschüren abgegeben worden sind.

(2) Der Deutsche Hausfrauen-Bund (DHB) – seit 2009 „DHB – Netzwerk Haushalt, Berufsverband der Haushaltsführenden e.V.“²⁷ – hat einen „Haushaltsführerschein“ entwickelt, der von DHB-Landes- oder -Ortsverbänden für Zielgruppen in unterschiedlichen Varianten und teils in Kooperation, z.B. mit Wohlfahrtsverbänden, angeboten wird, darunter auch zur Vorbereitung von Heimbewohnern auf den Übergang in einen eigenen Haushalt²⁸. Der Ortsverband in Erlangen bietet den „normalen Haushaltsführerschein“ – finanziell gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – mit folgenden Themen an²⁹:

- Etatplanung (Einkunftsarten, Einkommensverwendung, Finanzplanung, Risiken im Geldverkehr),
- Arbeitsplanung / Zeitmanagement (ergonomische Gestaltung des Arbeitsplatzes, Ablaufplanung),
- Hauspflege (Haushaltsgeräte, Reinigungsmittel, Unfallrisiken),
- Textilpflege (Waschen, Trocknen, Bügeln),
- Hygiene, Gesundheit (persönliche Hygiene, Wohnungshygiene, Folgen von Hygienemängeln),
- Ernährungslehre, Nahrungszubereitung (Grundkenntnisse, kostengünstige Ernährung).

In Hessen wird der „Haushaltsführerschein“ in Kooperation mit der Verbraucherzentrale an 8 Abenden im Umfang von je 3 Zeitstunden, also insgesamt 24 Stunden, aber auch themenfokussiert in 7 (Teil-)Modulen angeboten³⁰. Rund die Hälfte der Module bzw. des gesamten „Haushaltsführerscheins“ ist als ökonomische Grundbildung i.e.S. einzustufen.

(3) Der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) bietet auf dem Lernportal „ich-will-lernen“ Übungen zur ökonomischen Grundbildung an³¹. Das Angebot richtet sich an bildungsbenachteiligte Zielgruppen. Insbesondere von Armut- und Verschuldungsrisiken besonders Betroffene sollen in ihren ökonomischen Alltagskompetenzen gestärkt werden, um selbstbestimmt und verantwortlich mit ihren Ressourcen umzugehen. Lerneinheiten zu den Bereichen: Haushalt, Finanzen, Arbeitsplatz und Freizeit sollen die Lernenden befähigen, ihre Handlungsspielräume besser einzuschätzen und auszu-schöpfen, Einblicke in die Rahmenbedingungen ökonomischen Handelns zu gewinnen und ihren Einfluss auf die Bedingungen zu erkennen und zu nutzen. Das Programm ist noch im Aufbau. Die Nutzer werden sehr gut durch das Programm geführt. Die Übungen sind zielgruppengerecht gestaltet; es werden auch elementare Schreib- und Rechenfähigkeiten gefördert. Die Nutzung ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich.

²⁷ <http://www.hausfrauenbund.de> (4.2.2010).

²⁸ Persönliche Mitteilung von Monika Tiedtke, DHB-Bundesvorstand.

²⁹ Persönliche Mitteilung von Ruth Obermann, DHB Erlangen.

³⁰ Vgl. Verbraucherzentrale Hessen: Durchblick gehört dazu! Veranstaltungsangebote ab 2009: Finanzen, Vorsorge, Verbraucherrecht, Haushalt und Ernährung. Hg. vom Geschäftsführenden Vorstand der VZ Hessen. Frankfurt/Main o.J., S. 21.

³¹ <http://www.zweite-chance-online.de> (4.2.2010).

(4) Bei einzelnen Volkshochschulen werden Kurse zu Bereichen der ökonomischen Grundbildung angeboten, die über die Internetseite des DVV bzw. über meine-vhs.de gefunden werden können³². Dazu gehören z.B. Vortrags- und Seminarveranstaltungen zum Haushaltsmanagement und zum Umgang mit Geld, die nach bisheriger Recherche zwischen 45 Minuten und 6 Stunden dauern und für eine Kursgebühr zwischen 6 und 44 Euro besucht werden können.

(5) Das Diakonische Werk im Evangelisch-lutherischen Kirchenkreis Bramsche bietet ein Projekt mit dem Thema „Mit dem Einkommen auskommen – Soziales Training“ an. Es richtet sich an Erwachsene, die in einer schweren wirtschaftlichen Notlage sind und finanzielle Hilfe vom Diakonischen Werk erbitten. Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung ist die Teilnahme an der Bildungsmaßnahme. Thematisiert werden an 4 Tagen in insgesamt 6 Zeitstunden in Vorträgen, Rollenspielen, Diskussionen und Einzelarbeiten insbesondere Probleme und Lösungsansätze bei Kontopfändung durch Budgetorganisation, Planung und Haushaltsbuchführung, Energie- und Geldsparen, Einkaufen und Umgang mit Konsumwünschen der Kinder. Das Projekt wird vor allem von Sozialarbeitern des Kirchenkreises durchgeführt; beteiligt sein können auch Mitarbeitende aus der Schuldnerberatung und der Verbraucherberatung. Die Teilnahme ist kostenfrei. Die Kosten der Veranstaltungen trägt das Diakonische Werk.³³

(6) Die Einkommens- und Budgetberatung Rostock (EIBE) bietet Seminar- und Vortragsveranstaltungen für Erwachsene rund um das Thema Geld, insbesondere mit Bezug auf Haushaltsmanagement, Einkommenserwerb, Einkommensverwendung und Schuldenprävention. Die Veranstaltungen werden als offene Kurse sowie für bestimmte Zielgruppen kostenpflichtig angeboten, z.B. auch an Firmen für ihre Mitarbeiter.

(7) Die Europäische Kommission in Kooperation mit internationalen und nationalen Behörden des Verbraucherschutzes, in Deutschland mit dem BMELV, bieten das Online-Bildungsprogramm DOLCETA mit Informations- und Lernmodulen zu folgenden Themen an³⁴: Verbraucherrechte, Finanzdienstleistungen, Produktsicherheit, Nachhaltiger Konsum, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, und zwar Energieversorgung, Verkehr, Telekommunikation, Postdienste, Wasser. Das Angebot richtet sich vor allem an Lehrkräfte und Multiplikatoren, aber es werden auch ausdrücklich Schüler als Nutzer im Selbststudium angesprochen. Die Nutzung ist kostenfrei und ohne Anmeldung möglich. Das Portal ist übersichtlich gestaltet. Die Inhalte sind alltags- und lebensweltlich ausgerichtet. Das

³² <http://www.dvv-vhs.de>; <http://www.meine-vhs.de> (4.2.2010).

³³ Vgl. Gerdes, N.: Mit dem Einkommen auskommen. Ein Soziales Training. In: Diakonisches Werk der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers e.V. (Hg.): Mit wenig Geld den Haushalt managen. Eine Handreichung. Hannover, Mai 2008, S. 23-24, und zugehörige CD-Rom.

³⁴ <http://www.dolceta.eu> (4.2.2010).

Informations- und Bildungsniveau ist vergleichsweise hoch und entspricht in den angebotenen Teilen eher einer wirtschaftlichen Allgemeinbildung. Eine Führung durch das Programm gibt es nicht. Für die Befassung mit den Themen sind folglich starkes Interesse und Selbstlernkompetenz erforderlich.

(8) Die Verbraucherzentralen der Länder (VZen) und der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände – Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) – bieten gedruckte Ratgeber, Seminar- und Vortragsveranstaltungen sowie Zugriff auf eine Verbraucherinfothek an. Die Broschüren und Bücher werden auch als ergänzendes Material bei Seminar- und Vortragsveranstaltungen eingesetzt.

Die über 40 Ratgeber in Buchform werden von den Verbraucherzentralen und vom VZBV, teilweise auch in Kooperation mit der ARD und der Stiftung Warentest, herausgegeben. Die Bücher haben einen Umfang von bis zu 200 Seiten und sind zu Preisen von bis zu knapp 15 Euro erhältlich; die meisten Ratgeber werden für knapp 10 Euro abgegeben. Folgende Themen werden behandelt³⁵:

- Finanzmanagement allgemein und für Zielgruppen, wie Familien, Studierende;
- Alterseinkünfte, Rente, Sozialleistungen;
- Geldanlage, Altersvorsorge;
- Versicherungen;
- Erbschaften;
- Baufinanzierung;
- Ehescheidung und Scheidungsfolgen;
- Schulden und Entschuldung;
- Sonstiges, z.B. Jobben, Pflegefall, Nachlassregelung.

Hinsichtlich des thematischen Umfangs und des Bildungsanspruches geht diese Ratgeber-Literatur zumindest teilweise über das Niveau einer ökonomischen Grundbildung hinaus.

Die Verbraucherinfothek kann an rund 300 Standorten in Beratungsstellen und Bibliotheken genutzt werden. Der Themenbereich Finanzdienstleistungen bietet Informationen zu Baufinanzierung, dubiosen Finanzgeschäften, Einkommensabsicherung, Geldanlage, Haftpflicht- und Hausratversicherung, Kfz- und Rechtsschutzversicherung, Krankenversicherung und Verbraucherkredit³⁶.

³⁵ <http://www.ratgeber-verbraucherzentrale.de> (4.2.2010).

³⁶ www.verbraucherinfothek.de (4.2.2010).

Das Bildungsportal „Verbraucherbildung“³⁷ des VZBV richtet sich überwiegend an Multiplikatoren in der Erwachsenenbildung; dort sind z.B. die Kurs-Materialien „Neue Hauswirtschaft“ und „Auskommen mit dem Einkommen“ eingestellt. Weitere Informationsangebote des VZBV im Internet, nicht nur für Multiplikatoren, betreffen die Themenbereiche Baufinanzierung und Vorsorge³⁸.

(9) Von den Verbraucherzentralen der Länder werden in unterschiedlichem Umfang und mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten Vortragsveranstaltungen und Seminare angeboten, die der ökonomischen Grundbildung zugerechnet werden können³⁹. Vergleichsweise umfangreiche Angebote gibt es von den VZen Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die Schwerpunkte der monothematischen Veranstaltungen sind Themen zu Girokonto und Geldanlage, Haushaltsfinanzen, Baufinanzierung, Energienutzung, Versicherungen und Altersvorsorge. Außerdem gibt es in NRW die multithematische Veranstaltung "Durchblick. Das Trainingsprogramm für den richtigen Umgang mit Geld" mit "Trainingseinheiten" zu Konto und Zahlungsverkehr, Kaufwunsch und Kredit, Handy und Internet, Wohnen, Schützen und Versichern. Für die Teilnahme an Vortragsveranstaltungen und Seminaren wird überwiegend ein Eigenbeitrag erhoben, z.B. für die jeweils dreistündigen Seminare zur Altersvorsorge, Baufinanzierung bzw. Geldanlage von der VZ NRW in Höhe von 40 Euro.

(10) Der Verein für Fraueninteressen e.V. in München bietet ein Seminar zum „Finanztraining: Finanzen im Griff – FIT“ an. In dem zwei- bis dreistündigen Seminar werden Grundlagen der Haushaltsbuchführung und Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmen-Ausgaben-Situation behandelt. Das überwiegend kostenfreie Angebot richtet sich insbesondere an Langzeitarbeitslose in Förder-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, an junge Mütter in Ausbildungsprojekten oder Mütterzentren sowie an junge Familien in Familienbildungsstätten. Die Seminare in Familienbildungsstätten sind kostenpflichtig.⁴⁰

5.2 Wie lässt sich ökonomische Grundbildung nachschulisch vorantreiben?

Folgende Maßnahmen werden empfohlen:

³⁷ www.verbraucherbildung.de (4.2.2010).

³⁸ www.baufoerderer.de; www.vorsorgedurchblick.de.

³⁹ Die Angebote sind in Veranstaltungskalendern gut auf den jeweiligen Internetseiten bzw. über die Seite des VZBV zu finden (27.1.2010).

⁴⁰ Persönliche Mitteilung von Gabriele Preis-Bader, Verein für Fraueninteressen e.V.

- Nationale Kampagne zur Bewusstseinsbildung und Imageverbesserung der haushaltsbezogenen ökonomischen Grundbildung: Z.B. könnte, wie in Japan⁴¹, jährlich ein bundesweiter Wettbewerb zur Haushaltsbuchführung ausgeschrieben werden, der von örtlichen Trägern begleitet wird;
- „Konzertierte Aktion“ zur ökonomischen Grundbildung in Anknüpfung an die Maßnahmen des Armutspräventionsprogramms des BMFSFJ (vgl. Abschnitt 4.2), insbesondere mit den Verbänden der Hauswirtschaft und Trägern bzw. Initiatoren der Erwachsenenbildungen, z.B. auch mit den Arbeitsagenturen zur Stärkung einer nachhaltigen Erwerbsfähigkeit, der Bundeszentrale für politische Bildung zur Förderung von „Gesellschaftsfähigkeit“ und dem Deutschen Landfrauenverband, dessen Ortsverbände Kurse zur Nutzung von Informationstechnologie anbieten⁴²;
- Bewerbung der Angebote mit konkreten Beispielen, wie das eigene Leben durch ökonomische Grundbildung positiv gestaltet werden kann, und Abbau preislicher Zugangsbarrieren.
- Bezahlung von Lehrkräften: Nur mit ehrenamtlichem Einsatz lassen sich Lehrkräfte nicht in ausreichendem Maß gewinnen, z.B. könnte das Angebot des Vereins für Fraueninteressen in München nach Aussage der oben zitierten Mitarbeiterin ausgeweitet werden, denn dort übersteigt die Nachfrage das ehrenamtliche Angebot (vgl. Abschnitt 5.1, Ziffer 10);
- Entwicklung eines Grundkurses der Alltags- und Lebensökonomie für Erwachsene und Ausdifferenzierungen für verschiedene Zielgruppen nach Alter und Bildungserreichbarkeit, z.B. auch für besonders Lernbenachteiligte, wie Menschen mit geistig-seelischen Behinderungen, die z.B. auf eine selbstbestimmte Haushaltsführung vorbereitet werden müssen;
- Entwicklung von Materialien für Lehrkräfte und Multiplikatoren sowie Durchführung von Fortbildungen, z.B. in Anknüpfung an das Kursmaterial des VZBV „Neue Hauswirtschaft“;
- Kooperationen von Hilfeeinrichtungen mit Berufsbildungs- und Hochschulen, z.B. Etablierung von „Hochschulen des Lebens“ in Anlehnung an Programme des Texas AgriLife Extension Service⁴³;
- Vernetzung und Schaffung von Transparenz der Angebote, z.B. Veranstaltungskalender auf kommunaler Ebene und auf der Ebene der Bundesländer, ggf. auch ein nationaler Veranstaltungskalender, denn vielfach sind Angebote nur schwer zu finden, weil sie nicht so gut vernetzt sind, wie das Online-Portal „ich-will-lernen.de“;
- Teilnahmeverpflichtungen für bestimmte Zielgruppen, wie bei den Maßnahmen zur Erwerbsaktivierung durch Arbeitsagenturen, z.B. Bewerbungstraining, künftig auch als Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung, wie bei dem Kurs des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Bramsche (vgl. Abschnitt 5.1, Ziffer 6), wenn Kompetenzdefizite nachweisbar sind, z.B. durch Tests.

⁴¹ Komori, N.; Humphrey, C.: From an envelope to a dream note and a computer: the award-winning experience of post-war Japanese household accounting practices. In: Accounting, Auditing & Accountability Journal, Vol. 13, 2000, S. 450-474.

⁴² <http://www.landfrauen.info> (4.2.2010).

⁴³ <http://texasextension.tamu.edu> (27.1.2010).

6 Wo besteht im Bereich ökonomischer Grundbildung Forschungsbedarf?

6.1 Wo besteht vorrangiger Forschungsbedarf?

Als Hauptproblem der Erwachsenenbildung im ökonomischen Bereich gilt die schwere Erreichbarkeit der Zielgruppe(n). Oft wird berichtet, dass die, die es am Nötigsten hätten, nicht kommen. Das ist eine zu pauschale Aussage, wie das Beispiel des Vereins für Fraueninteressen zeigt und durch eigene Erfahrungen im Rahmen des Armutspräventionsprogramms untermauert werden kann. Tatsächlich gibt es Probleme der Erreichbarkeit, aber es gibt auch keine oder nur sehr wenig systematische Erkenntnisse über zielführende Maßnahmen der Bekanntmachung der Angebote und der konkreten Vermittlung in Lehr-Lern-Arrangements. Auch Angebote für bildungsgemischte Zielgruppen in sehr spezieller Situation mit zu vermutendem hohen Informationsbedarf, wie werdende Eltern, und guter medialer Ankündigung haben gelegentlich keinen Zulauf⁴⁴.

Hier werden 4 Forschungsschwerpunkte gesehen:

- Sachstandserhebung der Angebote nach Trägern, Inhalten, Umfang, Frequenz und Effektivität der Maßnahmen einschließlich der Abklärung der Erfahrungen bei der Zielgruppenansprache;
- Erhebung des Wirtschaftsverständnisses („populäres Wirtschaftsdenken“) und der Präkonzepte von zentralen Gegenständen der ökonomischen Grundbildung, z.B. Haushalt, Geld, Markt, als Ausgangspunkte für die zielgruppenspezifische Vermittlung der ökonomischen Grundbildung in Richtung auf alltagstaugliche ggf. auch wissenschaftsnähere Postkonzepte;
- Entwicklung eines Grundprogramms der Alltagsökonomie und Ausdifferenzierung für Zielgruppen, z.B. nach Alter, Bildungsanlass, (Migrations-)Biographie;
- Metaanalyse von Wirksamkeitsnachweisen und Entwicklung von Wirksamkeitstests.

6.2 Was kann als gesichertes Wissen gelten?

Bildungsinitiativen können sehr wirkungsvoll sein. Und auch Themen, die lange vernachlässigt wurden, können in kurzer Zeit in das Bewusstsein einer breiten Fachöffentlichkeit gelangen und in einer Vielzahl von Angeboten für „Endverbraucher“ umgesetzt werden, wenn dies politisch gewollt, medial aufgegriffen und finanziell gefördert wird. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit sind die

⁴⁴ Ein Gemeinschaftsprojekt der Frauenklinik im Klinikum Krefeld und der Professur für Haushalts- und Konsumökonomik der Universität Bonn mit örtlichen Kooperationspartnern wurde nach zwei erfolglosen Versuchen abgebrochen. Vgl. dazu Piorkowsky, M.-B.: Wohlfahrts- und Gesundheitsförderung von jungen Familien durch Stärkung von Haushalts- und Familienkompetenzen. In: Geburtshilfe und Frauenheilkunde. Wissenschaftliches Organ der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, 60. Jg., 2000, H. 11, S. M 174-M 177, hier S. M 177.

Förderung von Existenzgründungen – auch und besonders durch Bildungsinitiativen (von „Exist“ und Gründungslehrstühlen im Hochschulbereich über Gründermessen und IHK-Kurse bis zu speziellen Trainingsveranstaltungen für Gründerinnen) – und die Förderung der finanziellen Bildung durch zahlreiche Träger und unübersehbar viele Programme und Projekte.

Finanzielle Grundbildung ist ein Teil der ökonomischen Grundbildung. Die meisten, wenn nicht sogar alle Experten fordern, dass die finanzielle Bildung in eine ökonomische Bildung eingebettet sein muss, sonst „hängt sie in der Luft“. Folglich ist nicht nur eine finanzielle, sondern eine umfassendere ökonomische Grundbildung notwendig. Dass sie auch ermöglicht werden kann, belegen die Erkenntnisse aus vielen Projekten, insbesondere im Zusammenhang mit und im Anschluss an die Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Armutspräventionsprogramms des BMFSFJ (vgl. Abschnitt 4.2).

7 Ergebnis

Ökonomische Grundbildung für Erwachsene wird gegenwärtig nur von wenigen Institutionen und in Bruchstücken angeboten; und sie ist schwer zu finden und teilweise zu teuer für die Zielgruppe.

Ein verhältnismäßig umfangreiches Themenspektrum deckt der „Haushaltsführerschein“ des DHB ab; allerdings werden hier auch Ernährungsfragen behandelt, die zwar wichtig sind, aber nicht zur ökonomischen Grundbildung zählen. Finanzielle Grundbildung für Erwachsene wird mit einem umfangreichen Themenspektrum nur vom Beratungsdienst der Sparkassen-Finanzgruppe „Geld und Haushalt“ angeboten. In beiden Fällen ist der Zugang zu Vortragsveranstaltungen nur über Intermediäre möglich, die für ihre Zielgruppen initiativ werden müssen. Das umfangreiche Broschürenangebot von „Geld und Haushalt“ ist individuell zugänglich. Aber finanzielle (Grund-)Bildung ist nur ein Teil der ökonomischen (Grund-)Bildung und kann diese nicht ersetzen.

Das Internet ist ein wichtiges Medium für Angebote der ökonomischen Grundbildung von Erwachsenen, aber die Erreichbarkeit ist insbesondere bei bildungsbenachteiligten und alten Menschen (mit steigendem Alter zunehmend) eingeschränkt.

Für die Entfaltung einer ökonomischen Grundbildung müssen die weit verbreitete Trivialisierung des Arbeits- und Lebensbereiches Privathaushalt sowie die denk-konzeptionelle Verkürzung von Hauswirtschaft auf Nahrungszubereitung und Reinigungstechnik (z.B. Wohnung, Wäsche) und von ökonomischer Bildung auf den Umgang mit Geld und Finanzdienstleistungen überwunden werden.